

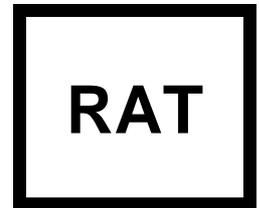
**Niederschrift**

**über die Sitzung des Rates**  
**Sitzungskennziffer: XVI / 4**  
**Tag der Sitzung: Dienstag, 19.01.2010**

**Sitzung** Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung: 18.00 Uhr bis 20.30 Uhr  
Unterbrechungen: keine  
Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)

Vorsitz: Bürgermeister Ferdi Gatzweiler  
Schriftführerin: Edith Janus-Braun



---

**Tagesordnung:**

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Gatzweiler stellt fest, dass der Rat der Stadt beschlussfähig ist.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie der ordnungsgemäßen Bekanntmachung der Sitzung

Er stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht ergangen sowie die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung

Bürgermeister Gatzweiler zieht im öffentlichen Sitzungsteil die Vorlage zu TOP A)

**4. Entwicklungskonzept Talachse Innenstadt;  
hier: Preisverleihung Ideenschmiede  
Sachstandsbericht und Beschluss über das weitere Vorgehen**

zurück, da eine Beschlussfassung im Rat entbehrlich ist.

Er bittet, die Tagesordnung wie folgt zu erweitern:

A) Öffentliche Sitzung:

**9. Rückerstattung geleisteter Elternbeiträge nach § 23 KiBiZ bei streikbedingten Schließungszeiten**

**10. Haushalt 2010 / 2011 und mittelfristige Finanzplanung;  
hier: Drohende Überschuldung**

Der bisherige TOP A) 9. wird nunmehr

A) 11. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;  
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

**3. Verkauf eines städt. Grundstückes (Mauerstraße / Cockerillstraße -“Zinkoli-  
Gelände)**

Der bisherige TOP B) 3. wird nunmehr

B) 4. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;  
Mitteilungen

Weitere Änderungen wurden nicht gewünscht, so dass die Tagesordnung einschließlich Erweiterungen einmütig beschlossen und wie nachstehend abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)
2. Umbesetzung in den Ausschüssen  
hier: Antrag der Fraktion B'90/Grüne zur Umbesetzung im Behindertenbeirat
3. Bestellung der Schulleiterin oder des Schulleiters;  
hier: Benennung der Vertreter des Schulträgers in der Schulkonferenz
4. Entwicklungskonzept Talachse Innenstadt;  
hier: Preisverleihung Ideenschmiede  
Sachstandsbericht und Beschluss über das weitere Vorgehen  
**Zurückgezogen.**
5. Brandschutzbedarfsplan der Stadt Stolberg
6. Prüfung der Wahl der Vertretung der Stadt Stolberg (Rhld.) und der  
Bürgermeisterwahl der Stolberg (Rhld.) vom 30.08.2009
7. Einspruch der CDU-Fraktion gegen die Beschlussfassung im Schulausschuss am  
16.12.2009  
hier: TOP A) 3 “Erweiterung und Umgestaltung des Schulhofes Hermannstraße”
8. Einspruch der CDU-Fraktion gegen die Beschlussfassung im Schulausschuss am  
16.12.2009  
hier: TOP A) 5 “Elternbefragung zur Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg”
9. Rückerstattung geleisteter Elternbeiträge nach § 23 KiBiZ bei streikbedingten  
Schließungszeiten
10. Haushalt 2010 / 2011 und mittelfristige Finanzplanung;  
hier: Drohende Überschuldung

11. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;  
Mitteilungen

## B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Abschluss eines Ergänzungsvertrages zum Erschließungsvertrag zum B-Plan 122  
- Am Lindchen -
  2. Unmittelbare Beteiligung der EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH;  
hier: GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG sowie  
GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft - Verwaltungs GmbH
  3. Verkauf eines städt. Grundstückes (Mauerstraße / Cockerillstraße -"Zinkoli-  
Gelände)
  4. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;  
Mitteilungen
- 

## A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)

Herr Behrens, Pirolweg, richtet an den Bürgermeister folgende Frage:

Auf Antrag eines Anliegers wurde im Pirolweg die Markierung für einen Parkplatz entfernt. Dies habe zur Folge, dass die geschwindigkeitsreduzierenden Maßnahmen in der Straße weggefallen seien. Den Umstand habe er dem Bürgermeister im Dezember, mit der Bitte um Wiedereinrichtung des Parkplatzes, schriftlich mitgeteilt. Bisher habe er hierauf keine Antwort erhalten. Herr Behrens erkundigt sich, wann er mit der Beantwortung des Schreibens rechnen dürfe.

Bürgermeister Gatzweiler sichert die Beantwortung innerhalb einer Woche zu.

2. Umbesetzung in den Ausschüssen  
hier: Antrag der Fraktion B'90/Grüne zur Umbesetzung im Behindertenbeirat

Vor Einstieg in die Beschlussfassung informiert der Leiter der Abteilung für Innere Verwaltung und Organisation den Rat, dass in der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 15.12.2009 unter TOP

### **A) 14. "Wahl von beratenden Mitgliedern und sachkundigen Einwohnern für Ausschüsse des Rates und für verschiedene Beiräte"**

folgende Organisation nicht aufgeführt wurde:

<b>Fraktion / Verband</b>	<b>ordentliches Mitglied</b>	<b>Vertreter/in</b>
<b>Blinden- u. Sehbehinder- tenverein AC Stadt/Land</b>	Herbert Sorge Corneliastr. 70 52223 Stolberg	Antje Detmers Fuchsweg 40 52222 Stolberg

Er bittet, die Niederschrift entsprechend zu ergänzen.

**Beschluss:**

Der Rat nimmt die Berichtigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 15.12.2009 unter TOP A) 14., Besetzung des Behindertenbeirates um den Blinden- und Sehbehindertenverein einmütig zur Kenntnis.

- - - -

Den Ratsmitgliedern wurde die Rücktrittserklärung von Frau Katharina Krings als Tischvorlage ausgehändigt. Bürgermeister Gatzweiler informiert die Ratsmitglieder über die einstimmige Beschlussempfehlung des Hauptausschusses.

**Beschluss:**

**Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig, anstelle von Frau Katharina Krings Frau Marita Stahl, Konrad-Adenauer-Str. 10-12, 52223 Stolberg als ordentliches Mitglied und Herrn Mario Wissel, Auf der Liester 21, 52223 Stolberg als stellvertretendes Mitglied in den Behindertenbeirat zu bestellen.**

**3. Bestellung der Schulleiterin oder des Schulleiters:**

hier: Benennung der Vertreter des Schulträgers in der Schulkonferenz

**Beschluss:**

**Auf einstimmige Empfehlung des Schul- und des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig, die nachfolgenden Personen als Vertreter des Schulträgers in die Schulkonferenz für den Fall der Wahl einer Schulleiterin oder eines Schulleiters zu entsenden:**

- |  |   |
|--|---|
| <b>1.) als stimmberechtigtes Mitglied:</b>                 | <b>Bürgermeister Ferdi Gatzweiler</b>   |
| <b>2.) als Vertreter des stimmberechtigten Mitgliedes:</b> | <b>Stadtsozialrat Willi Seyffarth</b>   |
| <b>3.) als beratendes Mitglied:</b>                        | <b>RM Patrick Haas (SPD)</b>            |
| <b>4.) als beratendes Mitglied:</b>                        | <b>Sachk. B. Rainer Soldierer (FDP)</b> |
| <b>5.) als beratendes Mitglied:</b>                        | <b>RM Jochen Emonds (CDU)</b>           |

**4. Entwicklungskonzept Talachse Innenstadt:**

hier: Preisverleihung Ideenschmiede

Sachstandsbericht und Beschluss über das weitere Vorgehen

**Der TOP wurde von der Verwaltung zurückgezogen, da eine Beschlussfassung im Rat entbehrlich ist.**

## 5. Brandschutzbedarfsplan der Stadt Stolberg

### **Beschluss:**

**Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig, den der Vorlage beigefügten Brandschutzbedarfsplan mit folgenden von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes im Bereich der Stadt Stolberg:**

- 1. Um die Personalausfallreserve in der Feuer- und Rettungswache sicherzustellen, werden zwei fertig ausgebildete Feuerwehrleute kurzfristig und zwei Brandmeisteranwärter zum 01.04.2010 eingestellt.**
- 2. In den Gerätehäusern Dorff, Breinig, Zweifall, Gressenich, Schevenhütte, Werth und Mitte müssen die gesetzlich vorgeschriebenen Abgasabsauganlagen nachgerüstet werden. Die Verwaltung wird beauftragt entsprechend Planungen anzulassen und genaue Kosten zu ermitteln.**
- 3. Die Schutzzieldefinition für den Brandschutz und die technische Hilfeleistung im Bereich der Stadt Stolberg wird mit folgenden Hilfsfristen festgelegt:**
  - a) Die erste Einheit trifft mit einer Stärke von 9 Einsatzkräften innerhalb von 8 Minuten nach Alarmierung durch die Leitstelle am Einsatzort ein. Dieses Ziel soll in mindestens 80 % der Fälle erreicht werden.**
  - b) Eine weitere Einheit mit einer Mindeststärke von 6 Einsatzkräften trifft innerhalb der folgenden 5 Minuten, also 13 Minuten nach Alarmierung ein. Dieses Ziel soll in mindestens 80 % der Fälle erreicht werden.**
- 6. Prüfung der Wahl der Vertretung der Stadt Stolberg (Rhld.) und der Bürgermeisterwahl der Stolberg (Rhld.) vom 30.08.2009**

### **Beschluss:**

**Auf einstimmige Empfehlung des Wahlprüfungs- und des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig, die Wahl der Vertreter der Stadt Stolberg (Rhld.) und der Bürgermeisterwahl der Stadt Stolberg (Rhld.) am 30.08.2009 für gültig zu erklären.**

- 7. Einspruch der CDU-Fraktion gegen die Beschlussfassung im Schulausschuss am 16.12.2009  
hier: TOP A) 3 "Erweiterung und Umgestaltung des Schulhofes Hermannstraße"**

Für die CDU-Fraktion begründet RM Emonds den Einspruch im Detail. Man sei sich der finanziellen Lage der Stadt bewusst und strebe mit nachfolgendem Antrag eine Minimallösung im Sinne der Schule und Schüler an:

*"Die CDU schlägt vor, dass das von der Verwaltung erarbeitete Konzept in Zusammenarbeit mit der Schule überarbeitet wird. Es soll geprüft werden, ob einzelne Maßnahmen des Konzeptes zeitnah umgesetzt werden können. Dabei gilt es die finanzielle Lage der Stadt zu berücksichtigen. Auch sollen mögliche Sponsoren für einzelne Projekte in Zusammenarbeit mit der Schule gesucht werden.*

*Das überarbeitete Konzept bzw. mögliche Maßnahmen sollen dem Schulausschuss in einer der nächsten Sitzungen zur Beratung vorgelegt werden.”*

In der sich daran anschließenden Diskussion stellen die Vertreter der SPD-Fraktion heraus, dass das Diktat des Sparzwangs selbstverständlich nicht die unabweisbaren Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht betreffen. So werde die nicht mehr verkehrssichere Mauer abgerissen und durch einen Zaun ersetzt. Außerdem könne der Vergrößerung des Schulhofes durch die Versetzen des Zaunes hinter das Wäldchen an der Birkengangstraße teilweise Rechnung getragen werden. Weitere Maßnahmen ließe die finanzielle Lage der Stadt jedoch nicht zu.

Auf Nachfrage wird durch BM Gatzweiler sichergestellt, dass alle Maßnahmen in Abstimmung mit der Schule erfolgen.

**Beschluss:**

**Der Rat lehnt den Einspruch der CDU-Fraktion gegen die Beschlussfassung im Schulausschuss vom 16.12.2009 zu TOP A) 4. “Erweiterung und Umgestaltung des Schulhofes der OGS Hermannstraße” mit 29 Ja-Stimmen (SPD, FDP, B’90/Grüne, LINKE, RM Kunkel, RM Emonds) und 16 Nein-Stimmen (CDU) ab.**

- - -

Nach der Beschlussfassung zu TOP A) 7. verlässt RM Berghausen die Sitzung und nimmt am weiteren Verlauf nicht mehr teil.

- - -

**8. Einspruch der CDU-Fraktion gegen die Beschlussfassung im Schulausschuss am 16.12.2009 hier: TOP A) 5 “Elternbefragung zur Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg”**

Von Seiten der CDU begründet deren schulpolitischer Sprecher Emonds den Einspruch seiner Fraktion. Er fordert wiederholt bei der Erarbeitung des Fragebogens die Einbeziehung der Schulleiter und Einarbeitung der Vorschläge des Soziologen Jousen.

Diesem Ansinnen widerspricht der schulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Haas. Für seine Fraktion gelte, dass mit der Befragung zunächst der Elternwillen ermittelt werde. Das Befragungsergebnis werde bei Favorisierung einer Gesamtschule die Einbindung von Schulleitern und Herrn Jousen zur Folge haben.

Für die LINKEN unterstützt deren Fraktionsvorsitzender Prußeit den Einspruch der CDU-Fraktion. Er hält den Fragebogen für wenig qualifiziert und zeigt sich enttäuscht, dass die Fachkompetenz der Schulleitungen nicht einbezogen wurde.

Bürgermeister Gatzweiler informiert den Rat, dass Anschreiben und Fragebogen bereits verschickt seien. Mit ihrem Antrag “*Erarbeitung Konzept zur möglichen Errichtung einer Gesamtschule*” habe die CDU im Wahlkampf punkten wollen. Wolle man eine Gesamtschule verhindern, gestalte man die Elternbefragung möglichst kompliziert. Zur Bedarfsermittlung sei der vorliegende, prägnante Fragebogen das richtige Instrument.

Hierauf gibt Ratsfrau Wahlen zu Protokoll, dass sie die Äußerung des Bürgermeisters in Bezug auf die Elternbefragung für grenzwertig halte.

**Beschluss:**

**Der Rat lehnt den Einspruch der CDU-Fraktion gegen die Beschlussfassung im Schulausschuss vom 16.12.2009 zu TOP A) 6. "Elternbefragung zur Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg" mit 26 Ja-Stimmen (SPD, FDP, B'90/Grüne, RM Emonds) und 18 Nein-Stimmen (CDU, LINKE, RM Kunkel) ab.**

9. Rückerstattung geleisteter Elternbeiträge nach § 23 KiBiZ bei streikbedingten Schließungszeiten

**Beschluss:**

**Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig, den am 23.06.2009 gefassten Beschluss zur anteiligen Rückerstattung der Kindergartenelternbeiträge nicht weiter auszuführen.**

10. Haushalt 2010 / 2011 und mittelfristige Finanzplanung:

hier: Drohende Überschuldung

Aufgrund der Wichtigkeit dieses elementaren Themas für den Rat und die Bürger der Stadt Stolberg beanstandet RM Grüttemeier zu Beginn der Diskussion die kurzfristige Weitergabe der Verwaltungsvorlage.

In der sich daran anschließenden Diskussion legen die Fraktionsvorsitzenden der SPD, CDU und FDP, die Herren Wolff, Grüttemeier und Engelhardt, die Positionen ihrer jeweiligen Fraktionen kontrovers dar.

Im Anschluss daran bittet der Fraktionsvorsitzende der LINKEN von weiteren, gegenseitigen Schuldzuweisungen Abstand zu nehmen. Er bittet, dass alle Fraktionen im Sinne der Stadt und ihrer Bürger in einer gemeinsamen Aktion finanzielle Akzente setzen mögen. RM Conrads, FDP, bedankt sich bei Herrn Prußeit für dessen Appell und unterstützt ausdrücklich dessen Ansatz zum "Zusammenrücken aller Fraktionen".

Für die CDU erklärt RM Thiermann, dass seine Fraktion dem Verwaltungsvorschlag heute nur zu Buchstabe a) einschl. der Unterpunkte aa) und ab) folgen könne. Er beantragt eine überarbeitete Verwaltungsvorlage, in der nachfolgende Fragen beantwortet sein müssen:

- welche Projekte sind konkret von den Entscheidungen betroffen
- welche Konsequenz hat die Entscheidung für diese Projekte
- welche Projekte können fortgeführt werden
- wie stellt sich der Umfang der freiwilligen Ausgaben zukünftig dar
- wird die Personalentscheidung zur Einstellung eines vierten Fachbereichsleiters von der Verwaltung aufrecht erhalten
- in welchem finanziellen Umfang kann die Stadt zukünftig überhaupt noch Investitionen tätigen

Weiter konkretisiert RM Grüttemeier den Antrag seines Fraktionskollegen um folgende Punkte:

- wie soll das fehlende Baukostencontrolling zukünftig sichergestellt werden, Einstellung Controller unverzichtbar
- Verzicht / Wegfall 3. stv. Bürgermeisterin
- Verzicht auf die externe Besetzung des vierten Fachbereichsleiters, statt

- dessen, interne Besetzung
- Verbesserung des Informationsflusses zwischen Verwaltung und Politik
- Verzicht auf Dringlichkeitsentscheidungen
- Verzicht auf Beförderungen ohne einstimmige Zustimmung des Rates

Er bittet die Verwaltung, diese Punkte zur Entscheidungsfindung in eine neue Verwaltungsvorlage einzuarbeiten.

In der sich daran erneut anschließenden Diskussion ergreift Bürgermeister Gatzweiler das Wort. Er zeigt hohes Verständnis für die von der CDU-Fraktion vorgebrachten Fragen und Anregungen, welche die Verwaltung in jedem Fall beantworten werde. Er zeigt dem Rat auf, dass die heutige Beschlussfassung für die anstehenden Verhandlungen mit der Kommunalaufsicht im Hinblick auf die freiwilligen Leistungen und die Haushaltskonsolidierung unverzichtbar sei. Ohne die Beschlussfassung werde die Stadt Stolberg lahm gelegt.

Für die CDU-Fraktion sieht deren Vorsitzender Grüttemeier aufgrund fehlender Informationen nur die Möglichkeit, heute den Beschluss zu Buchstabe a) mit den Unterpunkten aa) und ab) zur Kenntnis zu nehmen. Darüber hinaus melde die CDU-Fraktion -wie bereits vorgetragen- weiteren Informations- und Beratungsbedarf an.

Sodann lässt Bürgermeister Gatzweiler über den CDU-Antrag ergänzt um Buchstabe a) einschließlich der Unterpunkte aa) und ab) des Beschlussvorschlages der Verwaltung abstimmen:

#### **Beschluss:**

**Der Rat beschließt:**

**a) Es wird zur Kenntnis genommen:**

- a a) Die Überschuldung der Stadt Stolberg tritt nach derzeitigem Erkenntnisstand ca. Ende 2011 ein. Es kann also jetzt der Tatbestand der drohenden Überschuldung festgestellt werden.
- a b) Die im Sachverhalt für diesen Fall dargestellten deutlich verschärften rechtlichen Vorgaben

**Der Rat beauftragt die Verwaltung, für die nächste Sitzung des Rates eine neue Verwaltungsvorlage zu erarbeiten, in der nachfolgende Punkte zu beantworten sind:**

- welche Projekte sind konkret von den Entscheidungen betroffen
- welche Konsequenz hat die Entscheidung für diese Projekte
- welche Projekte können fortgeführt werden
- wie stellt sich der Umfang der freiwilligen Ausgaben zukünftig dar
- wird die Personalentscheidung zur Einstellung eines vierten Fachbereichsleiters von der Verwaltung aufrecht erhalten
- in welchem finanziellen Umfang kann die Stadt zukünftig überhaupt noch Investitionen tätigen
- wie soll das fehlende Baukostencontrolling zukünftig sichergestellt werden, Einstellung Controller unverzichtbar
- Verzicht / Wegfall 3. stv. Bürgermeisterin
- Verzicht auf die externe Besetzung des vierten Fachbereichsleiters, statt dessen interne Besetzung

- Verbesserung des Informationsflusses zwischen Verwaltung und Politik
- Verzicht auf Dringlichkeitsentscheidungen
- Verzicht auf Beförderungen ohne einstimmige Zustimmung des Rates

**Abstimmungsergebnis im Rat:**

**Dafür: 17 Stimmen (CDU, RM Emonds, RM Kunkel)**

**Dagegen: 27 Stimmen (SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)**

Damit ist der Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion abgelehnt.

-----

Nunmehr lässt BM Gatzweiler über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

**Beschluss:**

**Der Rat beschließt mit 27 Ja-Stimmen (SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE) und 17 Nein-Stimmen (CDU, RM Emonds, RM Kunkel):**

**a) Es wird zur Kenntnis genommen:**

- a a) Die Überschuldung der Stadt Stolberg tritt nach derzeitigem Erkenntnisstand ca. Ende 2011 ein. Es kann also jetzt der Tatbestand der drohenden Überschuldung festgestellt werden.
- a b) Die im Sachverhalt für diesen Fall dargestellten deutlich verschärften rechtlichen Vorgaben
- b) Nur vollständig rentierliche Investitionen können grundsätzlich weiterhin durchgeführt werden.
- c) Teil- und unrentierliche Investitionen können grundsätzlich nicht mehr durchgeführt werden. Ausnahmen:
  - c a) Die Stadt ist rechtlich hierzu verpflichtet.
  - c b) Die Stadt ist vertraglich hierzu verpflichtet.

Im Falle gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Pflichten der Stadt vom Umfang auf das unabdingbare Maß zu begrenzen und zeitlich soweit wie möglich zu schieben.

Projekte, für die bereits die Vorentwürfe weiter als Leistungsphase 4 beauftragt bzw. in Bearbeitung sind, werden grundsätzlich fortgesetzt, es sei denn, es ist die Bildung selbständig nutzungsfähiger kleinerer Abschnitte möglich und andere Abschnitte des Projektes können zeitlich aufgeschoben werden. Die Verwaltung wird daher beauftragt, eine dahingehende Überprüfung der Maßnahmen vorzunehmen und dem Rat eine entsprechende Aufstellung vorzulegen. Über Fortführung der jeweiligen Maßnahme bzw. zeitliche Verschiebung entscheidet im Einzelfall der Rat.

Die Summe der hierfür aufzunehmenden Kredite darf maximal, nach Anrechnung von zweckgebundenen Zuwendungen, investiven Pauschalen und Beiträgen aus Straßenbau und Erschließung auf den Krediteigenanteil, die Höhe von zwei Dritteln der ordentlichen Tilgungen nicht übersteigen. Die

anzurechnenden Beträge müssen bezogen auf das jeweilige Haushaltsjahr zur Verfügung stehen. Im Einzelfall entscheidet hierüber der Rat. Nach Möglichkeit soll die 2/3 - Grenze deutlich unterschritten werden.

- d) Projekte, für die nur die Vorentwürfe bis Planungsphase 3 einschließlich beauftragt bzw. in Bearbeitung sind, werden in der Realisierung zunächst zurückgestellt, bis sich die Finanzlage der Stadt grundlegend und nachhaltig verbessert hat.
- e) Angesichts der desolaten Haushaltslage legt sich der Rat ab sofort eine Selbstverpflichtung dahingehend auf, dass Beschlüsse zur Durchführung neuer Investitionen zumindest so lange nicht mehr gefasst werden, bis sich die Haushaltslage der Stadt grundlegend und nachhaltig verbessert hat
- f) Die im Rahmen des Konjunkturprogramms geplanten und beschlossenen Investitionsmaßnahmen werden durchgeführt. Diese Maßnahme macht auch Sinn, da die gesamte kommunale Familie in NRW den Eigenanteil des Landes an den Bund zurückzahlen muss, unabhängig davon, ob die einzelne Kommune Mittel aus dem Konjunkturprogramm in Anspruch genommen hat oder nicht.
- g) Eigentlich sinnvolle Grundsanierungen von städt. Liegenschaften werden zugunsten von partiellen, unabweisbar notwendigen Instandsetzungen und Reparaturen zurückgestellt.
- h) Vom Jahresbeginn bis zu einer Entscheidung des Rates über die Bereitstellung der freiwilligen Aufwendungen soll die Verwaltung diese zu dem Zeitpunkt und in der Höhe zur Verfügung stellen, wie es zur Fortführung der Aufgaben im gleichen Umfang wie 2009 erforderlich ist.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen wird der Rat alle freiwilligen Aufwendungen und Erträge einer intensiven Überprüfung unterziehen. Die Übernahme neuer freiwilliger Leistungen bleibt zunächst grundsätzlich ausgeschlossen, bis sich die Finanzlage der Stadt grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

- i) Die neuen Regelungen für Kommunen in der Überschuldung enthalten restriktivere Vorgaben und Bedingungen, wobei eine Anzahl unbestimmter Rechtsbegriffe verwendet werden. Dies führte bisher und mit Sicherheit auch weiterhin zu erheblichen Unsicherheiten in der Ausführung und Bewirtschaftung des Haushaltes. Deshalb soll die Verwaltung über die in obigen Beschlüssen festgelegten Ziele des Rates mit der Kommunalaufsicht bei der Städteregion Aachen/der Oberen Kommunalaufsicht bei der Bezirksregierung Köln bezüglich der konkreten Anwendung und der verbleibenden Handlungsspielräume ein Gespräch führen. Über das Gesprächsergebnis ist der Rat umgehend zu informieren.

#### 11. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates: Mitteilungen

- 11.1 Bürgermeister Gatzweiler gibt eine Erklärung zu den gefassten Dringlichkeitsentscheidungen zu Protokoll. Hierin geht er darauf ein, dass diese nicht immer

mit der reinen Lehre des § 60 der Gemeindeordnung in Einklang zu bringen seien. Der Umgang damit entspräche allerdings der Vorgehensweise in den letzten Jahrzehnten. Er verhehle nicht, dass Dringlichkeitsentscheidungen in der letzten Zeit massiert gefasst werden mussten. Dieses Vorgehen habe allerdings nichts mit "Verschleierungsgründen" zu tun. Er zeigt sich überzeugt, dass dies auch die Prüfung der Kommunalaufsicht ergeben werde.

Der Politik möchte er heute einen Weg vorschlagen, wie zukünftig mit dem Instrument der Dringlichkeitsentscheidung vor dem Hintergrund der Bestimmungen der GO umgegangen werden solle. Er erläutert die reine Anwendung des § 60 GO am Beispiel "Bau Mensa Goethe-Gymnasium". Das Goethe-Gymnasium werde seit Mitte 2009 als Ganztags-Gymnasium geführt und benötige dringst eine Mensa. Das Vergabeverfahren habe sich sehr schleppend angelassen und die Stadt stehe den Bürgern, der Schule und den Schülern gegenüber in der Pflicht, das Projekt für die neue Schulform umzusetzen.

Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass Fachausschüsse bei strenger Anwendung des § 60 unter Verkürzung der Ladungsfrist im Extremfall wöchentlich tagen müssten. Dies gehe wiederum mit enormen Mehrkosten (Sitzungsgeldern) für den Steuerzahler einher.

Ein Großteil der jüngsten Dringlichkeitsentscheidungen sei in der "ausschusslosen Zeit" zwischen dem 27.10. (Konstituierende Sitzung des XVI. Rates) und dem 17.11.2009 (Besetzung der Ausschüsse) gefasst worden. Da die Zuständigkeitsordnung für die Vergaben eine eindeutige Zuordnung auf den Bau- und Vergabeausschuss festlege, konnten diese Entscheidungen nicht durch den Hauptausschuss getroffen werden, so dass unmittelbar nach Beschlussfassung über die Zusammensetzung des BVA in dessen Zuständigkeit die Beschlussfassung per dringlicher Entscheidung getroffen wurden.

In Bezug auf den zukünftigen Umgang mit Dringlichkeitsentscheidungen wirbt er darum, gemeinsame Spielregeln aufzustellen. Zu diesem Zweck rege er ein gemeinsames Treffen aller Fraktionsvorsitzenden, dem Amt für Prüfung und Beratung sowie den Fachbereichsleitern an.

Abschließend ruft der Kämmerer in Erinnerung, dass sich die Verwaltung in der letzten Legislaturperiode für die Zeit der Übergangswirtschaft die "Selbstverpflichtung" auferlegt habe, alle Ausgaben über 10.000,- € durch den Hauptausschuss als Finanzausschuss beschließen zu lassen. Diese "freiwillige" Verpflichtung trage der seit Jahren äußerst angespannten Haushaltslage der Stadt Rechnung und stelle keine Muss-Bestimmung dar. Hierdurch seien jedoch etliche Dringlichkeitsentscheidungen zu begründen.

Weiter geht er auf das in der Presse kolportierte Gespenst ein, wonach "am Rat vorbei" Ausgaben in Höhe von 18 Mio. € per Dringlichkeitsentscheidung auf den Weg gebracht worden seien. Dem Rat sei bekannt, dass es sich hierbei alleine um eine Umschuldung von Kreditmarktdarlehen zugunsten der Stadt in Höhe von 17,5 Mio. € handele. Gerade im Umschuldungsbereich sei die Thematik der kurzfristigen Inanspruchnahme zinsgünstiger Kreditmittel im Vorfeld intensiv mit der Politik kommuniziert worden. Im Hinblick auf die diesbezügliche, kurzfristige Verwaltungsvorlage wirbt er um Verständnis für das Vorgehen und erinnert an die extreme Arbeitsbelastung im Amt für Finanzwesen.

## B) Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Herr Bürgermeister Gatzweiler die Ratssitzung um 20.30 Uhr.

Ferdi Gatzweiler  
Bürgermeister

Edith Janus-Braun  
Schriftführerin

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

Anlage 1)

Anwesenheitsliste - Sitzung